

## Fraktionsvorsitzender

SPD-Landtagsfraktion ♦ Postfach 7121 ♦ 24171 Kiel

An die Vorsitzenden der  
Kommission von Bundes-  
tag und Bundesrat zur  
Modernisierung der  
Bund/Länder-  
Finanzbeziehungen  
c/o Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

nachrichtlich:  
Ländervertreter

Ansprechpartnerin:

Ulrike Hensel

☎ 0431/ 988-1302

E-Mail: u.hensel@spd.ltsh.de

Kiel, 12. Dezember 2008

Kommission von Bundestag und Bundesrat  
zur Modernisierung  
der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Kommissionsdrucksache  
153

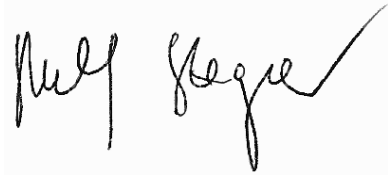
Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Struck,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Oettinger,

ich möchte mich sehr deutlich gegen eine Änderung der Abstimmungsmodalitäten im Bundesrat wenden. Natürlich kann ich verstehen, wenn Mitglieder des Bundestages bzw. der Bundesregierung verärgert sind, wenn ihre Gesetzesvorhaben im Bundesrat abgelehnt werden. Wir leben aber in einem Bundesstaat, in dem Bund und Länder hart, aber fair um den besten Weg für unser Land ringen. Die starke Stellung der Länder ist gewollt. Wir haben in der Föderalismusreform I versucht, die Kompetenzen von Bund und Ländern klarer zu trennen, so dass nur noch die Angelegenheiten der Zustimmung des Bundesrates bedürfen, die die Länder auch wirklich betreffen. Bei diesen Gesetzen, und das BKA-Gesetz gehört eindeutig dazu, halte ich es in einer Demokratie für angemessen, wenn dieses Gesetz auch der absoluten Stimmenmehrheit durch die Länder bedarf. Demokratie ist mühsam und dies ist gerade auch deshalb so, weil wir mit dem Verhältniswahlrecht eine Form gewählt haben, in der Minderheiten einen stärkeren Einfluss haben, als es bei einem Mehrheitswahlrecht der Fall wäre. Ich halte es auch für sachgerecht, weil wir so eine Politik machen müssen, die einer breiten Mehrheit bedarf. Die Wirkung der Enthaltung als „Nein-Stimmen“, und auch hier möchte ich Herrn Schäuble und Herrn Körper ausdrücklich widersprechen, können in diesem Sinne das Land durchaus weiterbringen.

Lassen Sie mich außerdem hinzufügen, dass diese Wirkung von Enthaltungen den jeweiligen Koalitionspartnern in den Ländern durchaus bekannt und somit gewollt ist. Wer etwas anderes will, könnte auch andere Regelungen treffen. Eine Änderung der Abstimmungsmodalitäten im Bundesrat könnte also leicht durch eine entsprechende Vereinbarung in den Koalitionsverträgen (bei Nichteinigung wird mit Nein gestimmt, statt sich enthalten) wieder aufgehoben werden.

Die Initiative für eine Veränderung der Abstimmungsmodalitäten im Bundesrat wäre daher nicht nur ein falsches Signal sondern auch wirkungslos.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink on a light gray background. The signature is written in a cursive style and reads "Rolf Hegge".